



Rede zu Protokoll zu TOP 20 am 19. Januar 2017:

Antrag der Fraktion die Linke: „Ramstein schließen“

Anrede,

dieser Antrag ist ein Sinnbild ihrer schiefen und verklärten Selbstdeutungen in außenpolitischen Themen. Das Beste daran ist, dass ich überzeugt bin, dass die SPD unter diesen Umständen niemals ein Abenteuer mit ihnen eingehen wird. Es ist höchst beachtlich, wie sie sich ihre Wahrheit zurecht biegen und immer wieder wichtige Details unterschlagen. Sie betreiben damit nichts anderes als „Fake-Politik“.

In Ihrem Antrag sprechen sie davon, dass die geübte Praxis des US-Drohnenkriegs gegen das Völkerrecht verstoße und die Nutzung des Stützpunktes Ramstein rechtswidrig sei. Sie versuchen dies anhand eines Gutachtens der wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages zu belegen. Allerdings hätten sie sich die Mühe machen sollen, nicht wieder nur eine verkürzte Darstellung im Sinne Ihrer Propaganda aufzugreifen. Insbesondere hätten sie sich auch die Mühe machen müssen, das aktualisierte Gutachten zu Rate zu ziehen, das zu dem Schluss kommt, dass der Einsatz von Kampfdrohnen nach wie vor aus völkerrechtlicher Sicht nicht verboten sei und somit nicht per se völkerrechtswidrig ist. Dann hätten sie auch erwähnen können und müssen, dass die Bundesregierung fortwährend wegen möglicher Bedenken im Austausch mit der amerikanischen Administration steht – soweit zum Vorwurf sie unternahme nichts – und dass der Bundesregierung deshalb momentan auch keinerlei Versäumnis unterstellt werden kann.

Vielmehr nutzen sie ihren Antrag, um russische Aggressionen zu verklären und russische Agitation in Deutschland salonfähig zu machen. Sie sprechen von der Friedensgefahr, die von Ramstein ausgeht, da es „unter anderem darauf abzielt, „die nukleare Zweitschlagskapazität Russlands zu neutralisieren, also die Möglichkeit, auf einen nuklearen Angriff eines NATO-Staates mit einem Gegenschlag zu reagieren“.

Sie vergessen dabei, dass Russland die meisten Atomsprengköpfe auf der Welt besitzt. Sie vergessen anscheinend ebenso, dass Putin im vergangenen Jahr einseitig das sog. Plutoniumabkommen aufgekündigt hat. Ohnehin kündigte Putin erst im Dezember an, „das militärische Potenzial der strategischen nuklearen Kräfte müsse im kommenden Jahr ausgebaut werden“. „Sämtliche existierenden und künftigen Raketenabwehrsysteme müssten durch russische Systeme durchbrochen werden können“. Etliche Tests der neuen Raketen „RS-38 Sarmat“, die 2.000-mal stärker sein würde als die Hiroshima-Bombe, im Jahr 2016 sprechen ebenso eine deutliche Sprache wie die Stationierung von Iskender-Systemen in Kaliningrad. Und schließlich haben die neue russische Militärdoktrin sowie die Marinedoktrin von 2014 bzw. 2015 die NATO ganz klar als Feind definiert.

Und dann davon zu sprechen, dass Ramstein eine Gefahr für den Frieden ist, obwohl es die Air Base seit 1951 gibt und dort vor allem ein Fracht- und Sanitätsdrehkreuz betrieben wird, ist geradezu absurd.

Vielmehr hätten sie ihren Antrag mit „NATO abschaffen“ überschreiben sollen. Zumindest zeigt ihre Fraktionsvorsitzende, Frau Wagenknecht, das wahre Gesicht der Linkspartei, indem sie

kürzlich forderte, dass die NATO aufgelöst werden müsse, um eine eigenständigere europäische Sicherheitspolitik in einem System kollektiver Sicherheit unter Einbindung Russlands zu erschaffen. Diese aufgewärmte Forderung fußt sicherlich auf dem zugegebenermaßen irritierenden BILD-Interview mit Donald Trump.

Ich kann Ihnen aber versichern, dass die NATO keineswegs obsolet ist. Leider ist die Bündnisverteidigung im Sinne des Artikel 5 NATO-Vertrag aktueller denn je, wenn man sich anschaut, wie die Krim völkerrechtswidrig und entgegen der Zusagen vom Budapester Abkommen annektiert wurde. Wie die Ost-Ukraine fortwährend destabilisiert wird. Wie Russland versucht, mit allen Mitteln für eine Destabilisierung der EU zu sorgen und einen Keil in das transatlantische Bündnis zu treiben. Wie Russland mit seinen staatlichen Medienkampagnen den Westen als Feind diffamiert. Wie Russland westliche Regierungen und Unternehmen online angreift. Wie Russland im westlichen Balkan alles daran setzt, damit die freien Entscheidungen der Völker und Staaten und eine Orientierung in Richtung Freiheit und Wohlstand unterminiert werden können. Das jüngste Beispiel sahen wir bei möglichen Versuchen, die Parlamentswahlen in Montenegro mit Gewalt zu erschüttern. Wir sehen das auch daran, wie Russland seine Truppen schlagkräftig aufrüstet und bis 2020 500 Mrd. EUR zusätzlich in Raketen, Bomben, Panzer und Kampfjets steckt.

Die NATO ist und bleibt ein wertebezogenes Verteidigungsbündnis. Russland heute und insbesondere die Kreml-Politik sind der Grund, dass die NATO unverändert fortexistieren muss.

Frau Wagenknecht gebe ich insofern Recht, dass Europa eine eigenständigere Verteidigungspolitik betreiben muss. Wir Europäer müssen stärker unseren eigenen Beitrag in der NATO einfließen lassen. Wir müssen mit Blick auf unsere Werte und Ziele, unsere Freiheit unsere Demokratie und unseren Wohlstand in vielerlei Hinsicht wehrhafter sein als bisher. Das bedeutet, dass wir uns am 2-Prozent-Ziel der Verteidigungsausgaben messen lassen müssen. Insofern hat auch Donald Trump Recht, wenn er von „Gleichgewichtstörungen“ spricht.

Klar ist zum jetzigen Zeitpunkt aber auch, dass sich Russland nicht konstruktiv in ein Sicherheitsbündnis einbinden lassen wird, das sich grundlegenden Menschenrechten verpflichtet fühlt. Russland sieht persönliche Grundrechte, Freiheitsrechte und unsere demokratische Prinzipien als minderwertig und gefährlich an. Die Prinzipien der Charta von Paris, der sich noch der sowjetische Staatenbund als Rechtsvorgänger Russlands verpflichtet hat, wurden nicht erst 2014 über Bord geworfen.

Diesen Entwicklungen dürfen wir uns nicht verschließen. Am Straßenrand zu stehen, rote Fähnchen zu schwingen und „Kleine weiße Friedenstaube“ zu singen, bannt bestehende Gefahren leider nicht. Deshalb stehen wir uneingeschränkt zur NATO und zu unseren Partnern diesseits und jenseits des Atlantiks. Deshalb werden wir unsere Bündnisverpflichtungen im Sinne der Stationierungsabkommen und des NATO-Truppenstatuts verlässlich einhalten. Schließlich sind die EU und die NATO die besten Friedengaranten für uns.

Berlin, 19. Januar 2017